

Paritätische Mitgliederversammlung 2012

Verbandsrat informiert über sozialpolitische Schwerpunkte

Zur Mitgliederversammlung am 21. November 2012 begrüßte der Vorsitzende des Paritätischen Verbandsrates Gerd Wenzel die Vertreterinnen und Vertreter der Paritätischen Mitgliedsorganisationen. Sozialpolitischer Schwerpunkt des Abends war ein Vortrag zum Thema „Arme Kinder, reiches Land – brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag?“

Sozialstaatsrat Horst Frehe wies in seinem Grußwort auf die Vielfalt des Verbandes hin. Schulden- und Erwerbslosenberatung, ambulante Angebote für Senioren und behinderte Menschen, Betreuung für Kinder unter drei Jahren: Viele Mitgliedsorganisationen entwickeln innovative Konzepte für die soziale Arbeit und aus dem Verband kämen immer wieder interessante Vorschläge zur Armutsbekämpfung und zur Lösung von sozialen Problemen. „Unser alle Ziel muss eine inklusive Sozialpolitik sein“, so der Stadtrat.

Gerd Wenzel wies bei der Vorstellung des Jahresberichtes darauf hin, dass der Verband in den letzten zwei Jahren erneut einen Mitgliederzuwachs von 13 Organisationen zu verzeichnen habe. Besonders stark nachgefragt wurden im Berichtszeitraum die Beratungsdienstleistungen des Verbandes. Sozialpolitische Schwerpunktthemen des Paritätischen Bremen waren rückblickend die Entwicklung von Konzepten für eine soziale Steuer- und Abgabepolitik sowie für eine soziale Beschäftigungspolitik. Der Verband habe dazu eine Vielzahl von Gesprächen mit Politik und Organisationen geführt und sei auf viel Zustimmung

Rund 70 Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsorganisationen nahmen an der Mitgliederversammlung 2012 teil.



gestoßen. Der Verband unterstütze die Forderung nach einem Mindestlohn, allerdings löse dies nicht das Armutsproblem vieler Familien. „Kinder sind nach wie vor das größte Armutsrisiko. 50 Prozent der Alleinerziehenden leben von Hartz IV“, sagte Wenzel. Deshalb fordere der Verbandsrat auch eine Kindergrundsicherung von monatlich 584 Euro. „Dieser Betrag orientiert sich am Kinderfreibetrag des Steuerrechts und gleicht im Wesentlichen die ungerechte Besteuerung von Eltern im Vergleich zu Personen ohne Kinder aus“, so Wenzel.

Vorstand Wolfgang Luz konnte dank der Erträge aus den Paritätischen Gesellschaften eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Landesverbandes in den Jahren 2010 und 2011 vermelden. So sei auch die Finanzierung des neuen Verbandshauses möglich gewesen. Die Verbandsaufgaben werden zu 45 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, der Verband erhalte

keine Landeszuweisungen. „Wir sind deshalb unseren Mitgliedern sehr verpflichtet. Die Mitglieder bestimmen die Ausrichtung und die Politik des Verbandes“, so Luz. Sorge bereite ihn allerdings zukünftige Einbußen bei den Lottereerträgen.

Hauptredner auf der Mitgliederversammlung war Joachim Rock, Leiter der Abteilung Soziale Sicherung und Europa beim Paritätischen Gesamtverband. Sein Thema: Wie sinnvoll sind eigentlich aktuelle Sozialleistungen und wie soll der Sozialstaat in Zukunft finanziert werden.

„Unser Sozialstaat ist ver-rückt in seinen Maßstäben“, so Rock. Viele kürzlich eingeführte Sozialleistungen wie das Betreuungsgeld, der sog „Pflege-Bahr“, die private Zusatzversicherung und die sog „Lebensleistungsrente“ seien teuer und wenig effizient. „Deshalb werden sie von den Wohlfahrtsverbänden, die sich doch eigentlich immer



Joachim Rock vom Paritätischen Gesamtverband referierte über Probleme bei aktuellen Sozialleistungen und der zukünftigen Finanzierung des Sozialstaates.

für weitere Sozialleistungen einsetzen, abgelehnt“, so Rock. Zusätzlich problematisch sei, dass Sozialleistungen stark fragmentiert seien. „Wir haben in Deutschland etwa 130 verschiedene Sozialleistungen, die von 45 Behörden verwaltet werden. Das macht es für ältere Menschen oder Familien nahezu unmöglich, die Leistung tatsächlich zu beantragen und zu erhalten, die ihnen eigentlich zusteht“, so Rock. Rund 189 Mrd. Euro werde im Jahr allein für familienpolitische Maßnahmen ausgegeben, allerdings seien allein 40 Mrd. für das Ehegattensplitting vorgesehen. „Es wird zu wenig getan, um Spaltungstendenzen zu bekämpfen“, so Rock. Arme Kinder würden zu wenig gefördert, die Bilanz des Bildungs- und Teilhabepaketes sei verheerend. Eine Paritätische Umfrage habe ergeben, dass nur etwa

ein Fünftel der Leistungen tatsächlich bei den Kindern ankomme, die Verwaltungspauschalen aber vollständig ausgegeben würden. Große Probleme seien auch zukünftig im Bereich der Alterssicherung zu erwarten. „Allein mit der gesetzlichen Rente wird man künftig seinen Lebensabend nicht mehr finanzieren können“, so Rock.

Die öffentlichen Haushalte hätten angesichts der Schuldenbremse immer geringere Spielräume, Sozialleistungen zu finanzieren. Deshalb müsse man wieder eine gerechtere Steuerpolitik einführen und den Generationsvertrag neu zu beleben. „Man darf nicht allein auf private Risikoversicherung setzen, sondern man muss als Gesellschaft füreinander einstehen“, so Joachim Rock.

Projekt Fuge erhält Kroschke-Förderpreis

Bremer Hilfsprojekt für Familien mit chronisch kranken Kindern löst Finanzierungsprobleme

Das Projekt Fuge der AfJ Kinder- und Jugendhilfen unterstützt Kinder mit Diabetes und ihre Familien durch Familienassistenten. Für ihre Arbeit hat Fuge den Kroschke Förderpreis erhalten. Die 10.000 Euro helfen, das Projekt zu finanzieren. Zusätzlich hat die Bremer Helmut-und Ruth-Märtens-Stiftung eine Spende zugesagt, sodass die Finanzierung der Arbeit in 2013 gesichert ist.

Seit 2007 existiert das Projekt Fuge. Geschulte Familienassistenten kommen zu den Familien mit diabeteskranken Kindern ins Haus und unterstützen die Eltern. Denn der Alltag dieser Familien ist oft schwierig. Gerade bei Kindern und Jugendlichen schwanken die Blutzuckerwerte oft. Ständige Kontrollen, Piekser in den Finger, auch nachts, sind Pflicht. Da sowohl häufige Unterzuckerung als auch Überzuckerung gravierende gesundheitliche Folgen haben können, leben die Eltern oft in Sorge um ihr Kind. Hinzu kommt, dass Entlastung durch Großeltern, Freunde oder Babysitter oft nicht zur Verfügung steht, weil der Umgang mit der Krankheit, die Bestimmung des Blutzuckers und die Insulingabe erst erlernt werden müssen. „Eltern in die-



Insulinspritze und Pumpe:
Projektleiterin Dorothee
Paape zeigt, welche Medi-
kamente und Hilfsmittel
ein diabeteskrankes
Kind benötigt.

ser Situation brauchen einfach Entlastung und den Kindern tut es gut, wenn sich noch eine weitere Person um sie kümmert“, sagt Projektleiterin Dorothee Paape.

So wie Lilo Laschewski. Seit über einem Jahr kommt die Familienassistentin einmal in der Woche zu der jetzt fünfjährigen Lena. Die beiden spielen, lesen oder basteln miteinander. Mutter Alla kann sich dann intensiv um ih-

ren kleinen Sohn kümmern oder auch mal Freizeit genießen. Lilo Laschewski wurde vor ihrem Einsatz in der Familie intensiv geschult. Sie weiß genau, was zu tun ist, wenn es Lena nicht gut geht oder sie sich nicht mehr konzentrieren kann. Sie kann auch Broteinheiten in Lebensmitteln berechnen und weiß, wie man den Blutzucker misst.

Rund 30 Familienassistenten hat das Projekt in den letzten Jahren ausgebildet, 10 bis 20 Familien werden regelmäßig unterstützt. Zusätzlich zur Familienassistentenz organisiert Fuge regelmäßige Austauschtreffen für Eltern und Kinder sowie zweimal jährlich Bauernhof-Tage für die Familien. „Es ist ganz wichtig, dass sich das Leben in den Familien nicht nur um die Krankheit dreht, sondern dass man auch gemeinsam Spaß haben und Sport treiben kann“, sagt Dorothee Paape.

Neue Strukturen in der Bremer Werkgemeinschaft

Unternehmensübergabe wurde organisiert

Tina Macholdt beschreibt die Anfänge der Bremer Werkgemeinschaft (BWG) so: „Am Anfang saßen wir mit fünf Mitarbeitern um einen Küchentisch und hatten zwei betreute Wohngemeinschaften über uns.“ Macholdt leitete über 30 Jahre die Geschicke der BWG. Die Bremer Werkgemeinschaft ist in dieser Zeit von einem kleinen Verein zu einer heute gemeinnützigen GmbH mit über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewachsen. Diese ermöglichen rund 350 Menschen mit psychischen Erkrankungen, selbstbestimmt im Stadtteil zu leben. Für die BWG stellte sich die Frage nach der Weiterführung der Organisation. Denn nicht nur Tina Macholdt, sondern auch drei weitere MacherInnen der ersten Stunde sind seit Ende 2012 im Ruhestand.

Die „Alten“ und die „Neuen“ entwickelten neue Strukturen, damit Wissen und Erfahrung und die Unternehmensphilosophie weitertransportiert werden können. Dazu wurden neue Teamleitungsstrukturen geschaffen und große Teams geteilt. Erfahrene MitarbeiterInnen aus der Organisati-

on wurden für diese neuen Aufgaben qualifiziert. „Die neuen Teamleitungen kennen die Betreuungsarbeit und haben direkten Zugang zur Geschäftsführung. So konnten wir auf die Hierarchieebene der Abteilungsleitungen verzichten“, so Macholdt.

Das Prinzip des Küchentischs bleibt bestehen. „Wir nutzen kurze Wege, MitarbeiterInnen und Leitungskräfte bleiben im Gespräch“, so Macholdt. „Nicht nur Fachwissen, sondern auch unsere Haltung, unser wertschätzender Umgang mit den Betroffenen sowie den Kolleginnen und Kollegen werden weitergegeben.“

Für die neue Doppelspitze der Bremer Werkgemeinschaft bleibt viel zu tun. Katrin Steengrafe ist seit Oktober 2012 Geschäftsführerin mit pädagogischem Schwerpunkt. Sie wird die konzeptionelle Arbeit der BWG weiterentwickeln. „Gerade für älter werdende psychisch Kranke oder für junge psychisch kranke Menschen mit Drogenproblemen fehlen noch Angebote“, sagt Steengrafe. Lutz-Uwe Dünnwald ist Geschäftsführer mit betriebswirt-



Die „alte“ Geschäftsführerin Tina Macholdt (l) mit den „Neuen“ Lutz-Uwe Dünnwald und Katrin Steengrafe.

schaftlichem Schwerpunkt. „Künftig müssen wir die Zusammenarbeit mit den Kostenträgern intensivieren. Außerdem benötigen wir ein flexibleres und kostenträgerübergreifendes Budget“, so Dünnwald.

Therapie und Netzwerkarbeit

Projekt für junge Flüchtlinge von Refugio Bremen

Das Bremer Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge, Refugio e.V., hat in Kooperation mit der World Childhood Foundation das Projekt „Therapie und Netzwerkarbeit für junge Flüchtlinge“ initiiert. Ziel des Projektes ist es, für junge Flüchtlinge eine notwendige therapeutische Behandlung zu etablieren und sie besser zu betreuen. „Dieses Projekt soll es den jungen Menschen ermöglichen, in Deutschland ‚Fuß zu fassen‘, eine Bearbeitung der traumatischen Erlebnisse zu wagen und den nachfolgenden Integrationsprozess zu erleichtern“, so die Dipl. Kinder- und Jugendtherapeutin Misa Ohrsall-Ihssen.

Seit Beginn 2012 haben MitarbeiterInnen von Refugio mit insgesamt 44

Flüchtlingskindern und Jugendlichen im Gespräch geklärt, ob eine psychotherapeutische Behandlung notwendig ist. 24 von ihnen waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. So wie Ahmad, der 2011 im Alter von 16 Jahren aus Afghanistan floh. Die zum Teil traumatischen Erlebnisse seiner wochenlang dauernden Flucht, hat er bisher zu verdrängen versucht. Jetzt gelingt es ihm, sich zu öffnen und über seine Flucht zu sprechen. Gleichzeitig findet er jetzt die Ruhe zum Lernen und setzt sich neue Ziele: Er will 2013 seinen Realschulabschluss machen.

Neben Einzelgesprächen findet die Betreuung auch in einer Gruppe statt, die vorwiegend für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gedacht ist.

Die Jugendlichen können mit Hilfe von Musik- oder Bewegungstherapie Ausdrucksmöglichkeiten für ihre Bedrängnis finden. Zugleich gibt die Gruppe ihnen Halt. Auch erwachsene Bezugspersonen werden in das Projekt mit einbezogen, um einerseits eine mögliche eigene Belastung erkennen zu können, aber auch um einen adäquaten Umgang mit den eigenen Kindern oder Schutzbefohlenen zu erleichtern.

„Die Besonderheit des Projekts ist die Netzwerkarbeit“, betont Misa Ohrsall-Ihssen. Denn parallel zur Behandlung finden Fortbildungen von Fachkräften und MultiplikatorInnen sowie eine verstärkte Aufklärungs- und Kooperationsarbeit mit zuständigen öffentlichen

Fachdiensten und Behörden statt. Ziel ist die Ausweitung der notwendigen unentgeltlichen Behandlungsangebote für junge Flüchtlinge. Denn in Bremen leben über 1.200 minderjährige Flüchtlinge, die aufgrund der gesetzlichen Situation keinen Zugang zu kostenloser therapeutischer Behandlung haben. Dasselbe gilt für die 80 minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge in Bremen. Eine Studie des Gesundheitsamtes Bremen ermittelte 2011 bei ca. 16 % aller behandelten Flüchtlinge und ihren Kindern eine psychische

Erkrankung. Felicitas Jung vom Gesundheitsamt Bremen bestätigt den Handlungsbedarf: „Unter humanitären und unter gesundheitserhaltenden Gesichtspunkten sollten gesetzliche und politische Spielräume zur Verbesserung ihrer Lebenssituation auch über die direkte Versorgung von körperlichen Krankheiten hinaus stärker als bislang genutzt werden.“

Kontakt: Refugio Bremen e.V.
info@refugio-bremen.de
Telefon: 0421/ 3760749



Die künstlerische Arbeit hilft bei der Therapie der jugendlichen Flüchtlinge.

175 Jahre Bremische Straffälligenbetreuung

Schnelle und unbürokratische Hilfe für Haftentlassene

Gegründet wurde der „Verein für entlassene Strafgefangene“ 1837, um all jene „vor dem Rückfall in einen verbrecherischen und sündhaften Lebenswandel“ zu bewahren, die gerade „aus dem Arbeitshause, aus den Gefängnissen und aus dem Werkhause“ entlassen worden waren. Am 23. November 2012 feierte der Verein Bremische Straffälligenbetreuung seinen 175. Jahrestag. Heute verfolgt der Verein mit verschiedenen Angeboten und Projekten das Ziel, straffällig gewordenen Menschen schnell und unbürokratisch zu helfen.

Gründer war Domprediger Georg Treviranus. Angesehene Bürger, Kaufleute und Pastoren, Professoren und Senatoren engagierten sich im Verein. Nach dem Ersten Weltkrieg, in den 20er Jahren, übernahmen Beamte und Sozialpolitiker den Vorsitz. Seine Aufgabe sah der Verein darin, Haftentlassene „vor dem Rückfall“ zu bewahren. In der NS-Zeit änderte sich die Vereinsausrichtung. „Asoziale Elementen“ und „hoffnungslosen Gewaltverbrechern“ wollte man ausdrücklich nicht mehr helfen. Den Vereinsvorsitz übernahm Emil Warneken, Richter, NSDAP-Parteimitglied und Vorsitzender des berüchtigten Bremer Sondergerichts, verantwortlich für viele Todesurteile. Der Begriff „Ermittlungshilfe“ wurde dem Vereinsnamen angehängt. Nach dem Krieg fiel er wieder weg.

Seit 1947 führt der Verein den heutigen Namen „Bremische Straffälligen-

betreuung“. Gesellschaftlich akzeptiert war die Arbeit des Vereins noch lange nicht. In den 50er Jahren sollte in Bremen-Arsten ein Übergangsheim für Haftentlassene eröffnen. Die Inbetriebnahme scheiterte am Protest der Anwohner.

„Die moderne Phase des Vereins beginnt in den 70er Jahren mit einer neuen Satzung und der Gründung der Zentralstelle für Straffälligenhilfe“, so Geschäftsführerin Elke Bahl, die den Verein seit 22 Jahren leitet. In der Zentralstelle arbeiten der Verein und das Amt für Soziale Dienste unter einem Dach zusammen, um haftentlassene Menschen sowohl zu beraten als auch finanzielle Hilfen zu gewähren. Diese Zusammenarbeit bewährt sich seit über 35 Jahren. „Gut wäre eine engere Kooperation mit den Jobcentern“, wünscht sich Elke Bahl, denn viele Haftentlassenen haben große Probleme beruflich wieder Fuß zu fassen.

Auch Schulden sind für viele Haftentlassene ein Problem, dass die Resozialisierung stark gefährdet. Eine spezielle Schulden- und Insolvenzberatung wurde deshalb in den 80er Jahren aufgebaut. Mit der Einrichtung eines Schuldenregulierungsfonds konnte diese Arbeit deutlich verbessert werden. Der Fonds bietet überschuldeten Menschen eine Möglichkeit, Restschulden überschaubar zusammenzufassen und durch realistische Vergleichsquoten einen Weg in die Schuldenfreiheit zu öffnen. Ebenso groß ist für Haft-

entlassene das Problem, geeigneten Wohnraum zu finden. Deshalb betreibt der Verein ein eigenes Wohnprojekt. Die Betreuung findet im Projekthaus in der Rembertistraße oder in bereits gefundenen eigenen Wohnungen statt. In der Zentralen Fachstelle Wohnen unterstützt ein Mitarbeiter des Vereins haftentlassene Menschen bei der Wohnungssuche.

Damit Gefangene „draußen“ wieder Fuß fassen können, bedarf es Beratung und Unterstützung während der Haft. Neben dieser Entlassungsvorbereitung gibt es Gruppenarbeit mit substituierten Inhaftierten sowie Theater- und Kunst in der Jugendstrafanstalt. Jüngstes Projekt: Seit 2010 können Personen, die ihre Geldstrafen nicht bezahlen können, mit dem Verein eine Geldverwaltung vereinbaren und dadurch eine Ersatzfreiheitsstrafe vermeiden.

Seit Juli 2011 hat der Verein seine Geschäftsstelle in der Faulenstraße 48-52. Rund 700 Menschen nehmen hier pro Jahr die Beratungs- und Hilfsangebote des Vereins in Anspruch.

Mit Blick auf Finanzen und Zukunft des Vereins hat Elke Bahl jedoch einige Sorgen. Öffentliche Zuwendungen und Entgelte, Spenden und Bußgelder finanzieren die Angebote. „Bußgelderträge sind unsicher“, so Bahl. „Deshalb brauchen wir kalkulierbare Zuwendungen.“